

Waffenfrage spaltet die Bürgerlichen

Die Schweiz blockiert Waffenlieferungen an die Ukraine: Muss sie die Exportregeln lockern? Ostschweizer Bundespolitiker sind uneins.

Adrian Vögele

Der Bundesrat bleibt hart: Dänemark darf keine Schweizer Piranha-Panzer an die Ukraine liefern, ebenso muss Deutschland auf die Ausfuhr von Flugabwehrmunition aus hiesiger Produktion verzichten. Die Neutralität und das Gebot der Gleichbehandlung sprächen gegen die Lieferungen, teilte die Landesregierung am Freitag mit. Ebenso die Rechtslage: Deutschland und Dänemark haben beim Kauf der Waffen eine Erklärung zur Nichtwiederausfuhr unterschrieben – dies verlangt das Schweizer Kriegsmaterialgesetz.

Die Parteispitzen von Mitte, FDP und GLP fordern nun eine Wende. Mitte-Präsident Gerhard Pfister hatte schon vor Wochen kritisiert, die Blockierung der Waffenlieferungen an die Ukraine sei eine «unterlassene Hilfeleistung» an die Ukraine. FDP-Präsident Thierry Burkart peilt eine Lockerung der heutigen Gesetzesbestimmung an.

SP, Grüne und SVP wollen von solchen Waffenlieferungen in die Ukraine allerdings grundsätzlich nichts wissen. Und auch bei FDP und Mitte sind die Meinungen nicht eindeutig, wie eine Umfrage bei Ostschweizer Parlamentsmitgliedern zeigt. So sagt Marcel Dobler (FDP/SG): «Für mich sind direkte und auch indirekte Waffenlieferungen in die Ukraine nicht mit der Schweizer Neutralität vereinbar.»

Bei der Wahrung der Neutralität sei die Aussenwahrnehmung zentral. Doch eine Eigendefinition von neutral nütze nichts, wenn die Schweiz nicht mehr als neutral wahrgenommen werde, so Dobler.

Eine Ausnahme für Demokratien?

Andrea Caroni (FDP/AR) sagt währenddessen: «Die Schweiz



Ein Piranha-Panzer auf dem Waffenplatz Chamblon im Kanton Waadt.

Bild: Laurent Gillieron/Keystone

solte in Zukunft Waffenlieferungen an demokratische Staaten wie eben Deutschland oder Dänemark mit weniger einschränkenden Auflagen versehen. Neutralitätsrechtlich wäre das kein Problem.» Allerdings stehe das heutige Gesetz dem entgegen. «Daher sollten wir es anpassen.»

Auch Brigitte Häberli-Koller (Die Mitte/TG) will, dass die Schweiz ihre bisherige Praxis ändert: «Gerade dann, wenn ein demokratisches Land angegriffen wird, muss sich dieses auch mit Munition und Waffen verteidigen können, die ursprünglich aus der Schweiz stammen.» Das Parlament solle dafür dem Bundesrat die Kompetenz erteilen und die Kriterien klar festhalten, so Häberli.

Markus Ritter (Die Mitte/SG) verlangt, dass das Thema im Parlament rasch diskutiert

«Für mich sind direkte und indirekte Waffenlieferungen in die Ukraine nicht mit der Schweizer Neutralität vereinbar.»



Marcel Dobler
St. Galler
FDP-Nationalrat

«Die Schweiz sollte in Zukunft Waffenlieferungen an demokratische Staaten mit weniger Auflagen versehen.»



Andrea Caroni
Ausserrhoder
FDP-Ständerat

«Die jetzige Praxis kann den Eindruck erwecken, dass die Schweiz indirekt dem Aggressor zudient.»



Markus Ritter
St. Galler
Mitte-Nationalrat

wird: «Die jetzige Praxis kann den Eindruck erwecken, dass die Schweiz aufgrund der Neutralität im Fall des Ukraine-Konfliktes indirekt dem Aggressor zudient. Dies wäre fatal und nicht im Sinne unseres Staatsverständnisses.»

Gesetz wurde soeben verschärft

Doch auch in der Mitte gibt es Stimmen, die sich für das bisherige Vorgehen aussprechen. Thomas Rechsteiner (Die Mitte/AI) sagt, das Kriegsmaterialgesetz sei erst vor kurzem verschärft worden. Zudem gebiete die Neutralität die Blockierung der Waffenlieferungen, «auch wenn in meiner Betrachtung die Aggression von Russland in der Ukraine aufs Schärfste zu verurteilen ist».

Roland Rino Büchel (SVP/SG) sagt, das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) habe die Erlaubnis für diese Lieferungen richtigerweise nicht gegeben. Er verweist neben dem Kriegsmaterialgesetz auch auf das Neutralitätsabkommen der Haager Friedenskonferenz aus dem Jahr 1907. Dass technische Entscheide dieser Art nun quasi auf die höchste politische Ebene gehoben würden, befremde ihn, sagt Büchel. Wenn ein solcher Entscheid tatsächlich gekippt werde, dann müsse die Schweiz bei einer entsprechenden Anfrage auch eine Ausfuhr nach Russland erlauben. «Will das jemand?»

Ganz anderer Meinung als die SVP sind die Grünliberalen – sie haben schon früh gefordert, dass die Schweiz indirekte Waffenlieferungen in die Ukraine ermöglichen soll. Thomas Brunner (GLP/SG) bezeichnet die Entscheide der Schweiz zu den Lieferungen in die Ukraine als «zynisch» und «formalistisch».

IBK-Jubiläumscontainer im St. Galler Klostersviertel

Ein Appenzeller Zäuerli für die Bodenseeregion

Marcel Elsener

Soll niemand sagen, die Appenzeller verstünden sich nicht als Teil des Bodenseeraums: Spontan und inbrünstig legte sich am Dienstagmittag der Ausserrhoder Regierungsrat Alfred Stricker für das gemeinsame Anliegen von zehn Mitgliedsländern respektive Kantonen ins Zeug – mit einem prächtigen Zäuerli. Dabei liess er nicht locker, bis wenigstens die Hälfte der Aperogäste, darunter die gesamte St. Galler Regierung, hörbar mitsang oder wenigstens die Lippen bewegte und so tat als ob.

Stricker präsentierte als Präsident der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) eine Flagge, die das 50-Jahr-Jubiläum der grenzüberschreitenden Institution beflügeln soll – ein Geschenk der Industrie- und

Handelskammer St. Gallen-Appenzell, die vor und in ihrem Sitz im St. Galler Klostersviertel die Veranstaltungen zum Jubiläum beherbergt. Dass IBK-Präsident Stricker und IHK-Präsident Markus Bänziger einige Mühe hatten, die grosse Flagge aufzufalten, war sinnbildlich für die Tatsache, dass es immer wieder mal hapert bei der Vorstellung des gemeinsamen Raums.

Dabei soll die Euregio Bodensee, wie der IBK-Raum auch schon hiess, nicht «Papiertiger» bleiben und die jahrelangen Absichtserklärungen endlich wirtschaftlich, kulturell und vor allem auch politisch fruchten. Zum runden Geburtstag wolle man den Raum sichtbar machen und seine Wirkung in den Zentralregionen der drei Bodenseeländer stärken, sagte der St. Galler

Regierungschef und letztjähriger IBK-Präsident Fredy Fässler an einem Medien-Talk zum Thema. «Leider spricht noch niemand von Bodenseebürger und Bodenseebürgerin, aber das wäre eine schöne Vision.» Hilfreich zur Identitätsstiftung und Aussenwirkung wäre ein verstärkter Austausch der

Medien um den Bodensee. Zwar ist das «grenzüberschreitende Denken noch nicht sehr ausgeprägt», wie ORF-Vorarlberg-Chefredaktor Gern Enrich am Podium feststellte. Doch werden Geschichten aus dem grenznahen Ausland gut gelesen, vor allem, wenn sie die ganze Bevölkerung am See

betreffen, meinte Julia Baumann, Redaktionsleiterin Lindauer Zeitung. Jüngste Beispiele sind die unterschiedlichen Coronaregeln in den drei Ländern, die Gefahren für den Trinkwasserspeicher von drei Millionen Menschen wie die Gewässerverschmutzung durch eine Goldacher Firma oder die Quaggamuschel, aber auch positive Entwicklungen wie die S-Bahn und naturnahere Ufergestaltungen. Was die Region Basel mit ihrem trinationalen Raum geschafft habe, habe die Ostschweiz leider verschlafen, sagte Stefan Schmid, Chefredaktor St. Galler Tagblatt. Grenzen zu überwinden sei sogar interkantonal schwierig, aber die Bodensee-Idee verspreche einen kraftvollen Aufbruch. Allerdings wäre ein besseres Branding wünschenswert, meinte Schmid: «IBK sagt einem nichts, da war

Euregio Bodensee schon besser.»

Wie viel Vernetzung die IBK seit 1972 erreicht hat, lässt sich bis Samstag im Schiffscontainer im Klostersviertel entdecken; dazu gibt es Veranstaltungen, einen Barbetrieb der Focacceria, Live-Musik von Elyn sowie Theater. Der Container tourt rund um den See, auf St. Gallen folgen Wasserauen und Vaduz, und Ende Juli stimmt Fredy Stricker in Lindau oder Friedrichshafen hoffentlich nochmals ein Zäuerli an. Denn wie man hörbar für sich wirbt, können die Appenzeller den andern Mitgliedsregionen alleweil noch vormachen.

Veranstaltungen im IBK-Container: www.sg.ch/ueber-den-kanton-st-gallen/ibk-50.html
Weitere Informationen unter: <https://ibk50.org/>



Flagge und Gesang für die Bodenseeregion: IBK-Präsident Alfred Stricker (rechts) und IHK-Direktor Markus Bänziger beim Zäuerli. Bild: IHK